

D. 94 — 2175

[S-C — 33060]

**26. APRIL 1994. — Erlaß der Regierung
zur Förderung der Beschäftigung von Personen mit einer Behinderung auf dem freien Arbeitsmarkt**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990 und 16. Juli 1993;

Aufgrund des Dekrets vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge, insbesondere Art. 4, § 1, 4;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1983 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten;

In Erwägung des kollektiven Arbeitsabkommens N° 26 vom 15. Oktober 1975 bezüglich der Gehaltsstufen der in einer Regelbeschäftigung eingestellten Personen mit Behinderung, abgeändert durch die Abkommen N° 26 bis vom 2. Mai 1988 und N° 26 ter vom 18. Mai 1989;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 11. April 1994;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß über die finanzielle Beteiligung an den Löhnen und sozialen Lasten hinaus, die den Arbeitgebern seitens der Dienststelle bewilligt werden kann, die behinderte Arbeitnehmer einstellen, die sozialpädagogische Qualität dieser Maßnahme unbedingt verbessert werden muß und daß es dringend erforderlich ist, die Beschäftigung behinderter Arbeitnehmer in den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu fördern;

In Erwägung des Vorschlags des Verwaltungsrates der Dienststelle für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge vom 28. Januar 1994;

Auf Vorschlag des Ministers für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,

Beschließt :

Artikel 1. Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter :

1° Arbeitnehmer : die aufgrund eines Arbeitsvertrags eingestellte sozialversicherungspflichtige Person mit Behinderung, die bei der Dienststelle eingetragen ist und deren Hilfs- und Betreuungsprogramm zur sozialen und beruflichen Integration, das gemäß Artikel 21 des Dekrets vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge erstellt worden ist, die Beschäftigung auf dem freien Arbeitsmarkt mit einer Beteiligung der Dienststelle am Lohn und den sozialen Lasten vorsieht sowie die Person, für die in Ermangelung eines Hilfs- und Betreuungsprogramms eine begründete Entscheidung der Dienststelle eine solche Beschäftigung vorsieht;

2° Arbeitgeber : privatrechtliche Personen sowie Gemeinden und Gemeindeverbände, die einen der unter 1° erwähnten Arbeitnehmer beschäftigen;

3° Lohn : der für nichtbehinderte Arbeitnehmer von der zuständigen Paritätischen Kommission tariflich festgelegte Mindestlohn oder mangels einer Paritätischen Kommission der übliche Mindestlohn zuzüglich des aufgrund der Gesetzgebung über die Sozialversicherung und die Arbeitsunfälle zu zahlenden Arbeitgeberanteils;

4° Dienststelle : die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge.

Art. 2. Gemäß den in vorliegendem Erlaß vorgesehenen Bedingungen gewährt die Dienststelle den Arbeitgebern, die einen Arbeitnehmer beschäftigen, eine finanzielle Beteiligung an dessen Lohn und sozialen Lasten, die der festgestellten Minderleistung dieses Arbeitnehmers entspricht.

Der Höchstsatz dieser finanziellen Beteiligung beträgt 40 %.

Art. 3. Nachdem der Arbeitgeber eine Beteiligung am Lohn und den sozialen Lasten des Arbeitnehmers beantragt hat, legt die Dienststelle in einem Gutachten den Prozentsatz der Minderleistung des Arbeitnehmers fest.

Das Gutachten beruht auf einer eingehenden Bewertung der Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten des betroffenen Arbeitnehmers sowie auf einer Analyse der Anforderungen des Arbeitsplatzes.

In der Entscheidung über den Antrag auf Beteiligung wird das Gutachten des zuständigen arbeitsmedizinischen Dienstes über die aus der Behinderung des betroffenen Arbeitnehmers gegebenenfalls entstehenden medizinisch-beruflichen Indikationen und Gegenindikationen berücksichtigt.

Die finanzielle Beteiligung wird für höchstens zwölf Monate bewilligt. Sie kann jedoch verlängert werden.

Art. 4. Die Dienststelle begleitet die gesamte Maßnahme und untersucht in diesem Zusammenhang, durch welche Mittel die Fähigkeiten des Arbeitnehmers an die Anforderungen des Arbeitsplatzes abgestimmt werden können. Sie steht sowohl dem Arbeitnehmer als auch dem Arbeitgeber beratend zur Verfügung und arbeitet gegebenenfalls Empfehlungen zu Arbeitsplatzanpassungen technischer, organisatorischer und/oder didaktischer Art aus.

Der Arbeitgeber verpflichtet sich, die von der Dienststelle vorgeschlagenen Anpassungsmaßnahmen zur Förderung der Fähigkeiten des Arbeitnehmers vorzunehmen, damit dessen Minderleistung verringert oder aufgehoben werden kann.

Die Maßnahme wird nur im Einvernehmen mit dem Arbeitnehmer durchgeführt.

Art. 5. Die Beteiligung der Dienststelle darf nicht zusätzlich zu der im Ministeriellen Erlaß vom 23. Januar 1988 zur Festlegung der Bedingungen zur Beteiligung an den Löhnen und sozialen Lasten vorgesehenen Beteiligung, die die Dienststelle den Arbeitgebern während einer Anpassungszeit des Arbeitnehmers bewilligen kann, gezahlt werden.

Art. 6. Der Antrag auf Beteiligung ist zwei Wochen vor Inkrafttreten des Arbeitsvertrags bei der Dienststelle einzureichen.

Die Beweisunterlagen bezüglich der vom Arbeitnehmer geleisteten Arbeit sind spätestens am 15. des Monats der dem Quartal folgt, in dem die Arbeit geleistet worden ist, bei der Dienststelle einzureichen. Die Beteiligung wird am Ende des Monats gezahlt, in dem die Beweisunterlagen eingereicht wurden.

Art. 7. Ist von der Beteiligung ausgeschlossen und gegebenenfalls zur Rückzahlung der bereits gezahlten Beteiligung verpflichtet :

1. der Arbeitgeber, von dem aufgrund genauer und übereinstimmender Vermutungen angenommen wird, daß er einen oder mehrere nichtbehinderte Arbeitnehmer entlassen und sie durch einen oder mehrere behinderte Arbeitnehmer mit dem Ziel ersetzt hat, die in vorliegendem Erlaß vorgesehene Beteiligung zu erhalten;
2. der Arbeitgeber, der die auf die Arbeitgeber anwendbaren Gesetze und Bestimmungen nicht beachtet.

Art. 8. Die Beteiligung der Dienststelle an den Löhnen und sozialen Lasten für die in Gemeinden und Gemeindeverbänden beschäftigten Arbeitnehmer wird gewährt unbeschadet der Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 23. Dezember 1977 zur Festlegung der Anzahl behinderter Arbeitnehmer, die die Provinzen, Gemeinden, Gemeindeverbände und Gemeindeagglomerationen beschäftigen müssen. Sie wird nur für Stellen gewährt, die nach dem 1. Januar 1994 neu geschaffen worden sind.

Art. 9. § 1. Der Ministerielle Erlaß vom 3. Februar 1977 zur Festlegung der Bedingungen für die Beteiligung der Dienststelle für Personen mit Behinderung an den Löhnen und sozialen Lasten, die den Arbeitgebern in Ausführung des kollektiven Arbeitsabkommens Nr. 26 bezüglich der Höhe des Lohns der auf dem freien Arbeitsmarkt eingestellten Personen mit Behinderung bewilligt werden kann, ist was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

§ 2. In Artikel 1, 2 des Ministeriellen Erlasses vom 23. Januar 1968 zur Festlegung der Bedingungen zur Beteiligung an den Löhnen und sozialen Lasten, die die Dienststelle den Arbeitgebern während einer Anpassungszeit des Arbeitnehmers bewilligen kann, werden die Wörter « oder öffentlichen Rechts » aufgehoben.

Art. 10. Die Arbeitsverträge, die vor dem Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses in Übereinstimmung mit dem Ministeriellen Erlaß vom 3. Februar 1977 zur Festlegung der Bedingungen für die Beteiligung der Dienststelle für Personen mit Behinderung an den Löhnen und sozialen Lasten, die den Arbeitgebern in Ausführung des kollektiven Arbeitsabkommens Nr. 26 bezüglich der Höhe des Lohns, der auf dem freien Arbeitsmarkt eingestellten Personen mit Behinderung bewilligt werden kann, abgeschlossen worden sind, bleiben bis zu ihrem jeweiligen Enddatum mit allen daran verbundenen Vorteilen in Kraft.

Art. 11. Vorliegender Erlaß wird wirksam am 1. Januar 1994.

Art. 12. Der Minister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 26. April 1994.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Minister-Präsident,
Minister für Finanzen, Volksgesundheit, Familie und Senioren, Sport, Tourismus,
internationale Beziehungen und für Denkmäler und Landschaften,

J. MARAITE

Der Minister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,

K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

F. 94 — 2175

[S-C — 33060]

26 AVRIL 1994. — Arrêté du Gouvernement promouvant l'occupation de personnes handicapées sur le marché libre du travail

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge », notamment l'article 4, § 1er, 4°;

Vu l'arrêté royal du 5 juillet 1963 concernant le reclassement social des handicapés;

Vu la convention collective de travail n° 26 du 15 octobre 1975 concernant le niveau de rémunération des handicapés occupés dans un emploi normal, modifiée par les conventions n°s 26 bis du 2 mai 1988 et 26 ter du 16 mai 1989;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 11 avril 1994;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, modifiées par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1989 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant qu'en plus de l'intervention financière dans la rémunération et les charges sociales pouvant être octroyée par l'Office aux employeurs qui occupent des travailleurs handicapés, il est impératif d'améliorer la qualité socio-pédagogique de cette mesure et de promouvoir d'urgence l'occupation de travailleurs handicapés dans les communes et associations de communes;

Vu la proposition émise le 28 janvier 1994 par le Conseil d'administration du « Dienststelle für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge »;

Sur la proposition du Ministre des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,

Arrête :

Article 1er. Pour l'application du présent arrêté, on entend par :

1° travailleur : la personne handicapée occupée en vertu d'un contrat de louage de travail donnant lieu à l'assujettissement à la sécurité sociale, inscrite auprès de l'Office et dont le programme individuel d'intégration sociale et professionnelle, élaboré conformément à l'article 21 du décret du 19 juin 1990 portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge », prévoit l'occupation sur le marché libre de l'emploi avec intervention de l'Office dans la rémunération et les charges sociales, ainsi que la personne pour laquelle, à défaut de programme d'intégration sociale et professionnelle, une décision motivée de l'Office prévoit une telle occupation;

2° employeur : les personnes de droit privé ainsi que les communes et associations de communes qui occupent un des travailleurs visés au 1°;

3° rémunération : la rémunération conventionnelle minimale fixée pour des travailleurs valides par la commission paritaire compétente ou, à défaut de commission paritaire, la rémunération minimale fixée par l'usage majorée de la cotisation patronale due en vertu de la législation sur la sécurité sociale et les accidents du travail;

4° Office: le « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale).

Art. 2. Aux conditions prévues par le présent arrêté, l'Office octroie aux employeurs qui occupent un travailleur une intervention financière dans la rémunération et les charges sociales qui correspond au manque de rendement constaté de ce travailleur.

Le plafond de cette intervention financière est de 40 %.

Art. 3. Après l'introduction par l'employeur d'une demande d'intervention dans la rémunération et les charges sociales, l'Office fixe, dans un avis, le pourcentage du manque de rendement du travailleur.

L'avis se fonde sur une évaluation détaillée des capacités et facultés de développement du travailleur en question ainsi que sur l'analyse des exigences du poste de travail.

Dans la décision portant sur la demande d'intervention, il est tenu compte de l'avis émis par le Service médical du travail compétent quant aux indications et contre-indications médico-professionnelles qui peuvent éventuellement résulter du handicap du travailleur en question.

L'intervention financière est accordée pour douze mois au plus. Elle peut toutefois être prorogée.

Art. 4. L'Office assure le suivi de la mesure et examine dans ce cadre les moyens de faire correspondre les capacités du travailleur aux exigences du poste de travail. Il est à la disposition tant du travailleur que de l'employeur pour les conseiller et élabore, le cas échéant, des recommandations de nature technique, organisationnelle et/ou didactique en vue de l'adaptation du poste de travail.

L'employeur s'engage à effectuer les adaptations proposées par l'Office en vue de promouvoir les capacités du travailleur, afin que son manque de rendement puisse être réduit, voire supprimé.

La mesure ne sera appliquée qu'avec l'accord du travailleur.

Art. 5. L'intervention de l'Office ne peut être cumulée avec l'intervention prévue dans l'arrêté ministériel du 23 janvier 1968 fixant les conditions d'octroi de l'intervention dans la rémunération et les charges sociales que l'Office peut accorder aux employeurs pendant la période d'adaptation du travailleur.

Art. 6. La demande d'intervention doit être introduite auprès de l'Office deux semaines avant l'entrée en vigueur du contrat de louage de travail.

Les documents justifiant le travail presté par le travailleur doivent être introduits auprès de l'Office au plus tard le 15^{ème} jour du mois suivant le trimestre au cours duquel les prestations de travail ont été fournies. L'intervention est liquidée à la fin du mois au cours duquel les documents justificatifs ont été introduits.

Art. 7. Est exclu du bénéfice de l'intervention et doit, le cas échéant, rembourser l'intervention déjà liquidée :

1° l'employeur qui, d'après des présomptions précises et concordantes, a licencié un ou plusieurs travailleurs valides et les a remplacés par un ou plusieurs travailleurs handicapés dans le seul but de bénéficier de l'intervention prévue par le présent arrêté;

2° l'employeur qui ne respecte pas les lois et dispositions applicables aux employeurs.

Art. 8. L'intervention de l'Office dans la rémunération et les charges sociales pour les travailleurs occupés dans les communes et associations de communes est octroyée nonobstant les dispositions de l'arrêté royal du 23 décembre 1977 fixant le nombre de handicapés que doivent occuper les provinces, les communes, les associations de communes et les agglomérations de communes. Elle n'est octroyée que pour les emplois créés après le 1^{er} janvier 1994.

Art. 9. § 1^{er}. L'arrêté ministériel du 3 février 1977 fixant les conditions d'octroi de l'intervention dans la rémunération et les charges sociales, accordée par le « Dienststelle für Personen mit Behinderung » aux employeurs en exécution de la convention collective de travail n° 26 concernant le niveau de rémunération des handicapés occupés dans un emploi normal est abrogé en ce qui concerne la Communauté germanophone.

§ 2. A l'article 1, 2° de l'arrêté ministériel du 23 janvier 1968 fixant les conditions d'octroi de l'intervention dans la rémunération et les charges sociales que l'Office peut accorder aux employeurs pendant la période d'adaptation du travailleur, les termes « ou de droit public » sont supprimés.

Art. 10. Les contrats de louage de travail qui, avant la date d'entrée en vigueur du présent arrêté, ont été conclus conformément à l'arrêté ministériel du 3 février 1977 fixant les conditions d'octroi de l'intervention dans la rémunération et les charges sociales, accordée par le « Dienststelle für Personen mit Behinderung » aux employeurs en exécution de la convention collective de travail n° 26 concernant le niveau de rémunération des handicapés occupés dans un emploi normal, restent en vigueur jusqu'à leur date d'expiration respective, avec tous les avantages qui y sont liés.

Art. 11. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} janvier 1994.

Art. 12. Le Ministre des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 26 avril 1994.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Finances, de la Santé publique, de la Famille et des Personnes âgées,
du Sport, du Tourisme, des Relations internationales et des Monuments et Sites,

J. MARAITE

Le Ministre des Médias, de la Formation des Adultes,
de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,

K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

N. 94 — 2175

[S-C — 33060]

**26 APRIL 1994. — Besluit van de Regering,
tot bevordering van de tewerkstelling van minder-validen op de vrije arbeidsmarkt**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge », inzonderheid op artikel 4, § 1, 4°;

Gelet op het koninklijk besluit van 5 juli 1963 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen;

Gelet op de collectieve arbeidsovereenkomst nr. 26 van 15 oktober 1975 betreffende het bezoldigingspeil van de mindervaliden die in een normaal arbeidsregime zijn tewerkgesteld, gewijzigd bij de overeenkomsten nr. 26 bis van 2 mei 1988 en 26 ter van 16 mei 1989;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 11 april 1994;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 16 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat naast de financiële tegemoetkoming in het loon en de sociale lasten die door de Dienst aan de werkgevers kan worden toegekend die minder-valide werknemers aanstellen, ook de socio-pedagogische kwaliteit van deze maatregel absoluut moet worden verbeterd en dat het dringend noodzakelijk is de tewerkstelling van minder-valide werknemers in de gemeenten en verenigingen van gemeenten te bevorderen;

Gelet op het door de Raad van Beheer van de « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » op 28 januari 1994 uitgebracht voorstel;

Op de voordracht van de Minister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,

Besluit :

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

1° werknemer : de minder-valide die wordt tewerkgesteld krachtens een arbeidsovereenkomst waardoor onderwerping aan de sociale zekerheid ontstaat, die bij de Dienst is ingeschreven en wiens individueel hulp- en verzorgingsprogramma voor de integratie in de maatschappij en het arbeidsmidden, uitgewerkt overeenkomstig artikel 21 van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge », voorziet in de tewerkstelling op de vrije arbeidsmarkt met een tegemoetkoming van de Dienst in het loon en de sociale lasten, alsmede de minder-valide voor wie, bij ontstentenis van een individueel hulp- en verzorgingsprogramma, een met redenen omklede beslissing van de Dienst in zo'n tewerkstelling voorziet;

2° werkgever : privaatrechtelijke personen alsmede gemeenten en verenigingen van gemeenten die een onder 1° bedoelde werknemer tewerkstellen;

3° loon : het minimumregelingsloon dat voor de valide werknemers door het bevoegde paritair comité is vastgesteld, of, bij ontstentenis van een paritair comité, het door het gebruik bepaalde minimumloon, vermeerderd met de werkgeversbijdrage die verschuldigd is krachtens de wetgeving betreffende de sociale zekerheid en de arbeidsongevallen;

4° Dienst : de « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening).

Art. 2. Onder de voorwaarden waarin dit besluit voorziet kent de Dienst een financiële tegemoetkoming in het loon en de sociale lasten toe aan de werkgevers die een werknemer tewerkstellen; deze tegemoetkoming stemt overeen met het vastgesteld gebrek aan rendement van de betrokken werknemer.

Deze tegemoetkoming bedraagt ten hoogste 40 %.

Art. 3. Nadat de werkgever een aanvraag om tegemoetkoming in het loon en de sociale lasten heeft ingediend, bepaalt de Dienst in een advies het percentage van het gebrek aan rendement van de werknemer.

Het advies baseert op een nauwkeurige taxatie van de vaardigheden en van de ontwikkelingsmogelijkheden van de betrokken werknemer alsmede op een analyse van de vereisten van de arbeidspost.

In de beslissing over de aanvraag om tegemoetkoming wordt rekening gehouden met het advies van de bevoegde arbeidsgeneeskundige dienst omtrent de medisch-professionele indicaties en tegenindicaties die eventueel voortspruiten uit de handicap van de betrokken werknemer.

De financiële tegemoetkoming wordt voor ten hoogste twaalf maanden toegekend. Zij kan echter verlengd worden.

Art. 4. De Dienst zorgt voor het volgen van de hele maatregel en onderzoekt in dit kader hoe de vaardigheden van de werknemer en de vereisten van de arbeidspost in overeenstemming kunnen worden gebracht. Hij staat ter beschikking zowel van de werknemer als van de werkgever om hen te adviseren en werkt zo nodig aanbevelingen van technische, organisatorische en/of didactische aard uit wat de aanpassing van de arbeidspost betreft.

De werkgever verplicht er zich toe de door de Dienst voorgestelde aanpassingen tot bevordering van de vaardigheden van de werknemer uit te voeren, zodat zijn gebrek aan rendement verminderd of opgeheven wordt.

De maatregel wordt slechts met de instemming van de werknemer uitgevoerd.

Art. 5. De tegemoetkoming van de Dienst mag niet worden gecumuleerd met de tegemoetkoming bepaald bij het ministerieel besluit van 23 januari 1968 houdende vaststelling van de voorwaarden van toekenning van de tegemoetkoming in het loon en de sociale lasten die de Dienst aan de werkgevers mag toekennen tijdens de aanpassingsperiode van de werknemer.

Art. 6. De aanvraag om tegemoetkoming moet twee weken voor de inwerkingtreding van de arbeidsovereenkomst bij de Dienst ingediend worden.

De bewijsstukken over de arbeidsprestaties van de werknemer dienen uiterlijk op de 15de dag van de maand volgend op het trimester tijdens de arbeidsprestaties zijn verricht, bij de Dienst te worden ingediend. De tegemoetkoming wordt op het einde van de maand uitbetaald waarin de bewijsstukken werden ingediend.

Art. 7. Van het genot der tegemoetkoming wordt uitgesloten en, in voorkomend geval, is verplicht tot terugbetaling van de reeds verkregen tegemoetkoming :

1^o de werkgever die, volgens nauwkeurige en overeenstemmende vermoedens, één of meer valide werknemers heeft ontslagen en hen heeft vervangen door één of meer minder-valide werknemers met het enige doel de bij dit besluit bepaalde tegemoetkoming te genieten;

2^o de werkgever die niet voldoet aan de wetten en bepalingen die van toepassing zijn op de werkgevers.

Art. 8. De tegemoetkoming van de Dienst in het loon en de sociale lasten voor de werknemers tewerkgesteld in gemeenten en verenigingen van gemeenten wordt toegekend ongeacht de bepalingen van het koninklijk besluit van 23 december 1977 tot vaststelling van het aantal minder-validen die door de provincies, de gemeente, de verenigingen van gemeenten en de agglomeraties van gemeenten moeten worden tewerkgesteld. Zij wordt slechts voor de betrekkingen toegekend die na 1 januari 1994 opgericht zijn.

Art. 9. § 1. Het ministerieel besluit van 3 februari 1977 tot vaststelling van de voorwaarden inzake toekenning van de tegemoetkoming in het loon en de sociale lasten die door de « Dienststelle für Personen mit Behinderung » aan de werkgevers wordt verleend ter uitvoering van de collectieve arbeidsovereenkomst nr. 26 betreffende het bezoldigingspeil van de minder-validen die in een normaal arbeidsregime zijn tewerkgesteld, wordt opgeheven wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

§ 2. In artikel 1, 2^o van het ministerieel besluit van 23 januari 1968 houdende vaststelling van de voorwaarden van toekenning van de tegemoetkoming in het loon en de sociale lasten die de Dienst aan de werkgevers mag toekennen tijdens de aanpassingsperiode van de werknemer, worden de woorden « of publiekrechtelijk » geschrapt.

Art. 10. De arbeidsovereenkomsten die voor de inwerkingtreding van dit besluit werden gesloten overeenkomstig het ministerieel besluit van 3 februari 1977 tot vaststelling van de voorwaarden inzake toekenning van de tegemoetkoming in het loon en de sociale lasten die door de « Dienststelle für Personen mit Behinderung » aan de werkgevers wordt verleend ter uitvoering van de collectieve arbeidsovereenkomst nr. 26 betreffende het bezoldigingspeil van de minder-validen die in een normaal arbeidsregime zijn tewerkgesteld, blijven geldig tot hun respectieve einddatum met alle eraan gebonden voordelen.

Art. 11. Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 1994.

Art. 12. De Minister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 26 april 1994.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Financiën, Volksgezondheid, Gezin en Bejaarden,
Sport, Toerisme, Internationale Betrekkingen en Monumenten en Landschappen,
J. MARAITE

De Minister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,
K.-H. LAMBERTZ

ANDERE BESLUITEN — AUTRES ARRETES

MINISTERIE VAN VERKEER EN INFRASTRUCTUUR

Personeel. — Bevordering

Bij koninklijk besluit van 24 mei 1994, wordt de heer Van Den Bossche, Marcel, directeur bij het Centraal Bureau voor Benodigheden bevorderd tot de graad van inspecteur-generaal in het Nederlandse taalkader bij hetzelfde bestuur.

Dit besluit treedt in werking op 1 juni 1994.

MINISTÈRE DES COMMUNICATIONS ET DE L'INFRASTRUCTURE

Personnel. — Promotion

Par arrêté royal du 24 mai 1994, M. Van Den Bossche, Marcel, directeur à l'Office central des Fournitures est promu au grade d'inspecteur général au cadre linguistique néerlandais de la même administration.

Cet arrêté entre en vigueur le 1^{er} juin 1994.

MINISTERIE VAN MIDDENSTAND

Rijksinstituut voor de sociale verzekeringen der zelfstandigen Regeringscommissaris. — Ontslag. — Benoeming

Bij koninklijk besluit van 19 juli 1994, dat in werking treedt op de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* verschijnt, wordt aan de heer R. De Petter, eredirecteur-generaal bij het Ministerie van Middenstand, eervol ontslag verleend uit zijn ambt van regeringscommissaris bij het Rijksinstituut voor de sociale verzekeringen der zelfstandigen.

Bij hetzelfde besluit wordt de heer M. Crop, directeur-generaal bij het Ministerie van Middenstand, benoemd tot regeringscommissaris bij het Rijksinstituut voor de sociale verzekeringen der zelfstandigen.

MINISTÈRE DES CLASSES MOYENNES

Institut national d'assurances sociales pour travailleurs Commissaire du gouvernement. — Démission. — Nomination

Par arrêté royal du 19 juillet 1994, qui entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*, démission honorable de ses fonctions de commissaire du gouvernement auprès de l'Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants, est accordée à M. R. De Petter, directeur général honoraire au Ministère des Classes moyennes.

Par même arrêté, M. M. Crop, directeur général au Ministère des Classes moyennes, est nommé en qualité de commissaire du gouvernement auprès de l'Institut national d'assurances sociales pour travailleurs indépendants.